

# Österreich

Paul Luif

Die Österreicher haben sich mit der EU-Mitgliedschaft abgefunden, bei Meinungsumfragen in den letzten Jahren sahen etwa 60 Prozent den Beitritt zur EU als eine richtige Entscheidung an, etwa 30 Prozent betrachteten ihn als eine falsche Entscheidung. Es sind jedoch beträchtliche Vorbehalte geblieben: Von der strukturellen Dominanz der großen Staaten über den Vorwurf der Bürokratie und der Geldverschwendung bis zu Zweifeln an der Rationalität mancher Entscheidungen in Brüssel. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher befürwort die EU-Mitgliedschaft aus „Verstandesgründen“, mit „dem Herzen“ ist man aber nicht wirklich dabei.<sup>1</sup>

## Der Streit um den Transitverkehr

Der sich über mehrere Jahre hinziehende Streit um die Verlängerung der Ökopunkteregelung für den Transit von schweren Lastkraftwagen durch Österreich erreichte in der zweiten Jahreshälfte 2003 seinen Höhepunkt. Wegen der unterschiedlichen Beschlüsse von Rat und Europäischen Parlament musste der Vermittlungsausschuss angerufen werden.<sup>2</sup> Die dort Ende November 2003 gefundene Lösung entsprach nicht den österreichischen Vorstellungen. Trotzdem wurde sie mit breiter Mehrheit vom Europäischen Parlament am 18. Dezember 2003 angenommen; 348 der EU-Abgeordneten stimmten für den Kompromiss, 102 votierten gegen ihn, 32 enthielten sich der Stimme.<sup>3</sup> Am 22. Dezember 2003 beschloss dann der Rat (der Umweltminister) ebenso die Nachfolgeregelung des mit 31. Dezember 2003 auslaufenden Transitvertrags. Darüber war im Rat gar nicht formell abgestimmt worden, obwohl der österreichische Verkehrsminister Hubert Gorbach (FPÖ) dies wünschte. Der italienische Umweltminister und Ratsvorsitzende Altero Matteoli meinte dazu, Gorbach habe keine neuen Argumente vorgebracht. Andere Delegationen meldeten sich nicht mehr zu Wort.<sup>4</sup>

Von österreichischer Seite gab es heftige Kritik an diesem Beschluss. So meinte der Landeshauptmann des am meisten betroffenen Bundeslandes Tirol, Herwig Van Staa (ÖVP), dass die „grüne Politik“ durch das Verhalten des deutschen Umweltministers Jürgen Trittin immer mehr an Glaubwürdigkeit verliere.<sup>5</sup> Van Staa hatte schon vorher behauptet, dass er keine Tirol-Lösung anstrebe, sondern eine Lösung „wie in der Schweiz“, die Maut am Brenner müsse mindestens so hoch sein wie jene der Schweiz. Die Route über den Gotthard-Pass koste 140 Euro, die französische Frejusroute 217 Euro. Jene über den Brenner aber nur 111 Euro. Aus Spargründen würden deshalb jährlich 500.000 Lkw den Umwegtransit über den Brenner in Kauf nehmen.<sup>6</sup> In Absprache mit Bundeskanzler Wolfgang Schäussel (ÖVP) und den Landeshauptleuten teilte Verkehrsminister Gorbach Ende Dezember 2003 der Kommission in Brüssel schriftlich mit, dass der von der EU ausgehan-

1 Siehe Svila Tributsch/ Ulram, Peter A.: Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn, Molden, Wien 2004, S. 139/140.

2 Siehe dazu Paul Luif, Österreich, in: Werner Weidenfeld / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003, Bonn 2003, S. 381–386.

3 Transit: EU-Parlament gegen Österreich, diepresse.com, 18.12.2003.

4 Ratsentscheidung: Transit-Debakel rechtskräftig, in: Die Presse, 23.12.2003.

5 Van Staa kritisiert Trittin, in: Die Presse, 24.12.2003.

6 Susanne Kummer, Transitstreit: „Kontingent für Europabrücke“, in: Die Presse, 10.9.2003.

delte Transit-Kompromiss von Österreich nicht umgesetzt werden wird. Seiner Meinung nach mache es keinen Sinn, ein bis zu neun Millionen Euro teures Lkw-Zählssystem aufzubauen, das den Verkehr und den Schadstoffausstoß nicht verringere.<sup>7</sup> Daraufhin initiierte die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich. Dieses befand sich Mitte 2004 im Stadium des außergerichtlichen Vorverfahrens. Die Statistik des österreichischen Verkehrsministeriums weist für die Monate Januar bis Mai 2004 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten einen Zuwachs des Straßengüterverkehrs am Brenner von 16,1 Prozent aus, während der Zuwachs im gesamten Jahr 2003 zum Vorjahr nur 1,2 Prozent betragen hatte. Der begleitete Kombiverkehr auf der Schiene („Rollende Landstraße“) verringerte sich am Brenner hingegen um 37 Prozent (2003 stieg er noch um 6,6 Prozent).

### Wahlen in Österreich

Am 25. April 2004 fand in Österreich die Wahl des Bundespräsidenten statt. Der österreichische Bundespräsident wird in einer Volkswahl auf jeweils sechs Jahre gewählt. Die politische Stellung des Präsidenten beschränkt sich weitgehend auf symbolische und zeremonielle Akte. Bei der für Österreich geringen Wahlbeteiligung von 71,6 Prozent (4,2 Prozent dieser Stimmen waren außerdem ungültig) entfielen auf den Zweiten Nationalratspräsidenten Heinz Fischer (SPÖ) 52,4 Prozent der Stimmen, auf Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (ÖVP) 47,6 Prozent.<sup>8</sup> Bei der Beurteilung der Sachthemen, die zum Erfolg Fischers führten, waren sich die Meinungsforscher weitgehend einig: Die Aufrechterhaltung der „Neutralität“, die Fischer betonte, sei stärker angekommen als der Slogan „Die erste Frau“ von Benita Ferrero-Waldner. Die Außenministerin hatte sich im Zuge des Wahlkampfes von der Befürwortung eines NATO-Beitritts abgewendet und sprach sich zwar für Solidarität in Europa, jedoch für Neutralität außerhalb Europas aus.<sup>9</sup>

Der Wahlkampf zum Europäischen Parlament betraf vorwiegend innerösterreichische Themen. Die regierende ÖVP sprach sich dafür aus, Österreich in Brüssel „stark (zu) vertreten“. Die große Oppositionspartei, die SPÖ, wollte eine „Denkzettel-Wahl“ (in Anlehnung an frühere FPÖ-Slogans) und affichierte Plakate, in denen sie „Unser Wasser“ von EU-Eingriffen geschützt sehen wollte. Die Grünen plakatierten Karikaturen mit führenden Politikern der Regierungsparteien, welche jedoch nicht für das Europäische Parlament kandidierten.<sup>10</sup>

Um ihre Wahlchancen zu verbessern, grub die FPÖ einen Brief des SPÖ-Spitzenkandidaten Hannes Swoboda aus, den er im März 2000 an seine Kollegen im Europäischen Parlament geschrieben hatte. Darin signalisierte er Verständnis für die „Maßnahmen“ der EU-14 gegen die neue österreichische Bundesregierung. Die FPÖ warf Swoboda mangelnden „Patriotismus“ vor. Der Spitzenkandidat der SPÖ für die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament, Hans-Peter Martin, wurde wegen seines Verhaltens bei der Aufklärung von Unregelmäßigkeiten im Parlament von der Fraktion der Europäischen Sozialdemokraten ausgeschlossen. Er kandidierte daraufhin mit einer eigenen Liste für Europaparlamentwahlen, um vor allem Missstände in der EU aufzuzeigen. Dabei wurde er von der meistgelesenen österreichischen Tageszeitung, der „Kronen Zeitung“, massiv unterstützt.

In Österreich wurden bei der Europawahl am 13. Juni 2004 statt 22 nur mehr 18 Mandate verteilt. Die Wahlbeteiligung sank abermals (auf 42,4 Prozent). Die SPÖ gewann leicht und blieb mit 33,3% die stimmenstärkste Partei. Die ÖVP hatte mit 32,7%, im Gegensatz zu den meisten anderen regierenden Parteien in Europa, einen Stimmenzuwachs von gut zwei

<sup>7</sup> Transit: Freie Fahrt für Lkw in Österreich, in: Die Presse, 30.12.2003.

<sup>8</sup> Informationen des Innenministeriums, <http://www.bmi.gv.at/euwahl04/>.

<sup>9</sup> Erich Witzmann, Die Wahlmotive: Neutralität als großes Plus Fischers, in: Die Presse, 26.4.2004.

<sup>10</sup> Rudolf Mitlöhner, Ein Anti-EU-Wahlkampf, in: Die Furche, 3.6.2004, S. 1.

Prozent zu verzeichnen, verlor aber ein Mandat. Die FPÖ stürzte auf 6,3% ab und verlor fünf von ihren sechs Mandaten. Dieses Mandat errang nicht der offizielle Spitzenkandidat Hans Kronberger, sondern Andreas Mölzer vom rechten Flügel der Partei mit Hilfe der so genannten Vorzugsstimmen. Die Liste Martin errang überraschenderweise zwei Mandate (14,0%) und verwies damit die Grünen auf den vierten Platz, obwohl diese 3,6 Prozent dazugewonnen (12,9%). Rund ein Fünftel der Wahlberechtigten gab an, die „Wahl sei sinnlos“ beziehungsweise sie hätten „kein Interesse am Europäischen Parlament“. Am zufriedensten mit der EU waren noch die VP-Wähler, stellten die Meinungsforscher fest. Auch bei den Grün-Sympathisanten „ärgerte“ sich nur ein geringer Teil über die EU. Die Wählerschaft der Liste Martin hatte unverkennbare Ähnlichkeiten zu den Merkmalen der FPÖ-Wählerschaft. Mehr als die Hälfte der Martin-Wähler gab an, für ihn aus „Protest gegen Privilegien, Gehälter und Spesen der Europa-Parlamentarier“ gestimmt zu haben.<sup>11</sup> Das Ergebnis der Wahlen führte zu Turbulenzen in der FPÖ. Justizminister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) trat zurück und wurde von Karin Miklautsch aus Kärnten ersetzt. Schließlich kam es am Sonderparteitag vom 3. Juli 2004 zur Wahl der Schwester von Jörg Haider, Ursula Haubner, zur Parteiofbrau.<sup>12</sup>

### Die EU-Verfassung

Auch nach der Verabschiedung des Entwurfes für eine europäische Verfassung durch den Konvent versuchte Österreich in der Regierungskonferenz mit einer Gruppe der kleineren und mittleren Staaten Änderungen herbeizuführen, welche die Stellung dieser Staaten stärken sollte. Österreich konnte die meisten Forderungen jedoch nicht durchsetzen. So war die Regierung bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit für eine Parität zwischen Staaten-Zahl und Bevölkerung, also etwa 55:55, heraus kam eine 65:55 Regelung. Vom Prinzip ein Kommissar pro EU-Staat wird 2014 abgewichen werden. Die Einführung eines auf Dauer gewählten Präsidenten des Europäischen Rates konnte nicht verhindert werden. Ebenfalls unberücksichtigt blieb der Wunsch nach einer Änderung des Euratom-Vertrags, der nach österreichischer Ansicht die Kernkraft zu sehr begünstigt. Hingegen verbleiben, so wie von Österreich gefordert, die allgemeinen wirtschaftlichen Dienste (Daseinsvorsorge), wie etwa Wasserversorgung und Nahverkehr, in nationaler Kompetenz.<sup>13</sup>

Einen Schwenk vollführte Österreich bezüglich der militärischen Beistandsklausel in der geplanten EU-Verfassung. Am 3. Dezember 2003 hatte Bundeskanzler Schüssel noch ein Bekenntnis zur europäischen Verteidigungspolitik abgelegt und die gegenseitige Solidarität der EU-Mitglieder als „selbstverständlich“ bezeichnet. Außerdem bezeichnete er die von Frankreich, Großbritannien und Deutschland vorgeschlagene Beistandspflicht als vereinbar mit der verfassungsrechtlich verankerten Neutralität. Zwei Tage später schloss sich Österreich, so wie Irland und Schweden, einer finnischen Initiative an und verlangte eine Abschwächung der Beistandspflicht; dies bekamen die neutralen Staaten auch zugestanden.<sup>14</sup>

### Weitere Problembereiche

Im so genannten „Marmelade-Streit“ zwischen Österreich und der EU konnte im März 2004 eine Einigung erzielt werden. Die EU kam einem Ansuchen der österreichischen Regierung für Ausnahmeregelungen nach. Auf Grund eines Vorschlages von Agrarkommissar Franz Fischler zur Änderung der Konfitüren-Richtlinie können Privatprodu-

<sup>11</sup> Wer wählte wen: „Politisch motiviertes Nicht-Wählen“, in: Die Presse, 15.6.2004.

<sup>12</sup> Karl Ettinger/ Lugmayr, Christine: FP-Parteitag: „Gosch'n halten, Haubner wählen“, in: Die Presse, 5.7.2004.

<sup>13</sup> Andreas Schnauder: Analyse: Österreich konnte seine Forderungen nicht durchsetzen, in: Die Presse, 16.6.2004.

<sup>14</sup> Andreas Schnauder: Sicherheitspolitik: Rückzieher bei der Beistandspflicht, in: Die Presse, 6.12.2003.

zenten und Kleinbetriebe ihr Einkochtes als österreichische Marmelade bezeichnen und müssen nicht den in Österreich unbekanntem Begriff „Konfitüre“ verwenden.<sup>15</sup>

Konflikte gab es im wirtschaftlichen Bereich mit Deutschland. Bei einem Treffen mit Wirtschafts- und Medienvertretern im Mai 2004 in Berlin verlangte Karl-Heinz Grassler, der mit 35 Jahren jüngster Finanzminister Europas ist, eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Anders als die Regierungen in Paris und Berlin wollte Grassler den Pakt verschärfen und die bisherigen Regeln durch Sanktionen ersetzen, „die wirklich umsetzbar sind“. Er schlug vor, jenen Ländern, die dauerhaft gegen das Drei-Prozent-Kriterium bei der Schuldenaufnahme verstoßen, für eine begrenzte Zeit das Stimmrecht in der Europäischen Union zu entziehen. Damit schürte der österreichische Finanzminister den Konflikt, der seit langem zwischen den kleinen und großen EU-Staaten schwelte. In Kreisen der deutschen Regierung wurde Grasslers Vorschlag als „abenteuerlich“ bezeichnet.<sup>16</sup> Daraufhin sagte der deutsche Finanzminister Hans Eichel seine Teilnahme am jährlichen Treffen der deutschen, österreichischen und schweizerischen Finanzminister kurzfristig ab.<sup>17</sup> Um der wirtschaftlichen Konkurrenz durch die EU-Osterweiterung gewappnet zu sein, reduzierte Österreich die Körperschaftssteuer von 34 auf 25 Prozent. Dies führte zu Spannungen vor allem mit Bayern, wo die Abwanderung von Betrieben nach Österreich befürchtet wurde.<sup>18</sup>

Von den Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 stach vor allem die „Wallfahrt der Völker“ (im Rahmen des Mitteleuropäischen Katholikentags) hervor. Am 22. Mai 2004 versammelten sich etwa 80.000 Pilger aus Österreich und den Nachbarstaaten im Wallfahrtsort Mariazell, um dem Wunsch von Papst Johannes Paul II nach einem „Zusammenleben in Frieden und Wohlergehen“ Ausdruck zu verleihen.<sup>19</sup>

Meinungsumfragen zur EU-Erweiterung zeigen, dass die negativen Stimmen überwiegen (so Eurobarometer), dass aber vor allem die Österreicher in den Grenzregionen sich der Vor- und Nachteile der Ostöffnung bewusst sind (Umfrage im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik). So werden deutliche Verbesserungen für den Tourismus und das nachbarschaftliche Verhältnis erwartet. Mit einer negativen Entwicklung wird hingegen bei der Kriminalität und am Arbeitsmarkt gerechnet.<sup>20</sup>

### Weiterführende Literatur

Caspar Einem: Die Quadratur der Sterne. So schrieben wir Europas Verfassung (und was daraus geworden ist), Wien u.a. 2004.

Hannes Farnleitner (Hrsg.): Unser Europa – gemeinsam stärker. Die Kooperation der Klein- und Mittelstaaten im EU-Konvent, Wien 2004.

Waldemar Hummer (Hrsg.): Paradigmenwechsel im Europarecht zur Jahrtausendwende. Ansichten österreichischer Integrationsexperten zu aktuellen Problemlagen, Wien 2004.

Wolfgang Koch / Leidenmüller, Franz / Steyrer, Peter (Redaktion): Neutralität im Neuen Europa. Österreichs Beitrag zur Finalität der Union, Münster 2004.

Martin Sajdik / Somogyi, Andreas: Österreichs Beitrag zur Erweiterung der EU, Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa, Wien, November 2003, (= Studien des IDM, Nr. 5/2003).

---

15 Einigung: EU gibt im „Marmeladen-Streit“ nach, in: Die Presse, 23.12.2003, und EU: Marmelade wieder erlaubt, in: Die Presse, 6.3.2004.

16 Ulrich Schäfer: Zoff um die Minuszeichen: „Deutschland soll EU-Stimmrecht verlieren“, in: Süddeutsche Zeitung, 27.5.2004.

17 Eichel's surprise Alpine retreat, in: Financial Times, 25.6.2004.

18 Haig Simonian: Austrian tax cuts worry the Germans as jobs disappear, in: Financial Times, 24.6.2004.

19 Katholikentag: Einsturz der Mauern im Regen, in: Die Presse, 24.5.2004.

20 Wolfgang Böhm: Umfrage: Ein emotionales, kein rationales Problem, in: Die Presse, 3.7.2004.